

Anlage 1 zu TOP 11 der Ratsversammlung am 22.01.2013

Änderungs-/Ergänzungsanträge der Fraktionen zu TOP 11/12

geordnet nach Fraktionen

CDU

Seite A 42 112903 Neubau Biotechnik EHKS

I7

Prüfauftrag ob nicht Gebäude auf dem Hindenburg-Kasernengelände oder bei der ehem. Standortverwaltung Memellandstraße geeignet sind.

Seite A 42 2124 K-A-P Überplanung

I21

Die Arbeiten zur Umgestaltung des Bahnhofvorplatzes sollten in 2013 erledigt werden, damit die Erreichbarkeit der Baustelle EKZ nicht behindert wird

Neuer Ansatz 2013: 865 000 €

Neuer Ansatz 2014: 0 €

Seite A 43 2201 und 2602 Ausbau Wasbeker Str.

I22,
I16

Den Ausbau der Wasbeker Str. in 2013 vorziehen. Planungen sind seit langem fertig. Die Baufahrzeuge vom EKZ sollten möglichst den Innenstadtbereich Großflecken/Kuhberg nicht befahren.

Neuer Ansatz 2013: 490 000 €

Neuer Ansatz 2014: 0 €

Seite A 44 31223 Umgestaltung Grünfläche Tuch&Technik

I28

Für die Umgestaltung der kleinen Grünfläche am Museum sind schon 100 000 € sehr großzügig bemessen. Der Haushalt ist auch in den nächsten Jahren noch nicht ausgeglichen. Wir erhöhen Steuern. Deshalb erwarten die Bürger von uns sparsames Handeln.

Ansatz 2013: wie bisher 20 000 €

Neuer Ansatz 2014: 100 000 €

Einsparung : 150 000 €

Seite A 44 4302 Klärwerk techn. Ausrüstung

I19

Sperrvermerk bei immer weniger EW in NMS und Umland in dieser Größenordnung erforderlich? Wir haben in den letzten 10 Jahren erhebliche Investitionen getätigt. Es sollte von Fall zu Fall entschieden werden.

Seite A 45 6110 Grunderwerb f. Unternehmensumsiedlung 2,2 Mill.

I2

Sperrvermerk bis zur endgültigen Entscheidung über Grunderwerb

Seite B 73 111402 Ganztagschule Pestalozzi

I3

Sperrvermerk bis entschieden ist, welche Grundschule in Tungendorf erhalten bleibt.

Seite B78 112601 Lehrküche Wichernschule

I5

Zwar erst für **2016** 114 000 € geplant. Die Schule läuft aus bzw. ist ausgelaufen. Die zukünftigen Haushaltsansätze erwecken bestimmte Hoffnungen. Zur Zeit ist noch unklar wie die Schule weiterhin genutzt werden soll.

Ansatz herausnehmen

Seite B 87 3202 Kunstrasen

I1

Ansatz für 2015 streichen.

Im Rahmen der Weiterführung des Sportentwicklungskonzeptes kann das entschieden werden.

Seite B 248 810106 STOV Memellandstr.

I14

Ansatz 2014 100 000 €
vorsorglicher Ansatz / Sperrvermerk

Seite B 250 810406 Grünanlage Kieler Str./Anscharstr.

I15

Die Grünfläche ist schon vorhanden. Ansatz streichen.

Neuer Ansatz 2014 0 € Einsparung 20 000€
Neuer Ansatz 2015 0 € Einsparung 80 000 €

I18

Seite B 281 2722 Erschließung Tierkörperverwertung

Sperrvermerk bis über den Grunderwerb zur Unternehmensumsiedlung entschieden wurde.

I25

Seite B 326 3407 Marktplatz Einfeld
Die Grünfläche sollte als "kleiner Park" gestaltet werden,
da das Marktkonzept gescheitert ist.

Neuer Ansatz: 2014 20 000 €.
Neuer Ansatz: 2015 0 €

Zusätzliche Anträge:

Für die Sanierung von Verbindungswegen in den Stadtteilen, die nicht befestigt sind, sollen 120 000 € im Haushalt eingeplant werden.
Diese Wege sind fernab von den Hauptverkehrsstraßen eine wichtige Verbindung in den Stadtteilen. Nach Niederschlägen bereiten sie für Rollatornutzer, Radfahrer und Fußgänger erhebliche Probleme. Es befinden sich tiefe Spuren in der Kiesschicht und große Pfützen. Für Schulkinder, die mit dem Rad fahren, sind sie zum Teil nicht nutzbar.

E11

50 000 € für Jung kauft Alt.

E12

Im BPU wurde ein entsprechender Prüfauftrag an die Verwaltung gegen. Es geht hierbei um eine Initiative, die es unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen soll, alte Wohngebäude an jüngere zu verkaufen mit einer entsprechenden Förderung durch die Stadt NMS. Hiddenhausen in NRW hat diese Konzept entwickelt und großen Erfolg damit gehabt. Wenn es uns gelingt, durch diese Maßnahme mehr Einwohner zu gewinnen, rechnet sich die Förderung durch die Stadt.

Rathausfraktion



CDU-Kreisverband, Kieler Str.20, 24534 Neumünster

Ratsversammlung 11.12.2012

Haushaltbegleitantrag

Die CDU-Rathausfraktion beantragt die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 25.000,-- jährlich für die Haushaltsjahre 2013 / 2014. Die Mittel sind zur Unterstützung des Kreissportverbandes e.V. zur Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der Sportentwicklungsplanung zu verwenden.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag mit dem Kreissportverband hierzu abzuschließen. Die Mittel werden nur erfolgsabhängig ausgeschüttet. Zur Umsetzung des Sportentwicklungsplanes erhält der Kreissportverband jeweils nachträglich 1,5%, jedoch maximal 25.000,--€ jährlich, des erzielten Konsolidierungsbeitrages durch erfolgreich umgesetzte Maßnahmen des Sportentwicklungsplans.



CDU-Kreisverband, Kieler Str.20, 24534 Neumünster

10.12.2012

Ratsversammlung am 11.12.2012

Ergänzungsantrag zum Punkt 33

Die CDU-Rathausfraktion Neumünster bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit in Neumünster ein Bedarf für zusätzliche Hundenausläufflächen besteht und welche Freiflächen angeboten werden können.

Dazu gehört auch eine Konzeption für einen Hundewald. Eventuell notwendige Gespräche mit zuständigen Forstbehörden sind aufzunehmen. Über das Ergebnis und die zu erwartenden Kosten ist den zuständigen Ausschüssen der Stadt Neumünster zu berichten. Über die Aufnahme eventuell notwendiger Mittel in den Haushalt ist dann gesondert zu entscheiden.

Begründung:

Mit dem Hundenauslaufplatz im Ökokonto Vierkamp ist ein Auslaufbereich für Hunde ohne Leinenzwang geschaffen worden. Dieses Angebot wird gut angenommen. Möglicherweise sind derartige Angebote auch für andere Stadtteile interessant.

Hundewälder sind beispielsweise in Trappenkamp und Dänemark eingerichtet und schaffen ebenfalls eine kontrollierte Auslaufmöglichkeit für Hunde und vermeiden Konflikte mit Wildtieren oder Spaziergängern.

Für die CDU-Fraktion

Wolf Rüdiger Fehrs

→ E 3.1

CDU Fraktion

22.01.2012

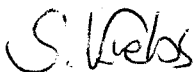
Änderungsantrag zum Antrag der SPD Fraktion zum Produkt:

„Heimat und sonstige Kulturpflege“

Einzelposition „Museum Tuch und Technik“

Der Ansatz von 295.000 Euro soll auch für das Jahr 2014 nur um 18.000 Euro auf 313.000 Euro angehoben werden.

Die Begründung erfolgt mündlich.



Sabine Krebs

und Fraktion

SPD

SPD-Rathausfraktion

Antrag zum Haushalt 2013/2014

Betr. die Gleichstellungsstelle

Die Arbeitszeit der Gleichstellungsbeauftragten wird von 19,5 auf 39 Stunden erweitert.

Begründung

Die Gleichstellungsstelle ist zur Zeit ausgestattet:
19,5 Stunden Gleichstellungsbeauftragte
19,5 Stunden Büromitarbeiterin

Die letzten zwei Jahre der Tätigkeit der Gleichstellungsstelle haben deutlich gezeigt, dass der gesetzliche Auftrag, wie er in der Gemeindeordnung, im Gleichstellungsgesetz und in der Hauptsatzung formuliert ist, mit 19,5 Stunden nicht realisiert werden kann.

Viele dringend notwendige Termine intern wie extern konnten nicht wahrgenommen werden. Viele wichtige Projekte und Angebote in Kooperation mit verschiedensten Trägern dieser Stadt waren aufgrund von Kapazitätsproblemen nicht durchführbar.

Die Realität hat gezeigt, dass die Anwesenheit der Gleichstellungsbeauftragten im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Erfolg und den positiven Auswirkungen der Gleichstellungsarbeit steht, der Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Zu E 14

¹¹
Änderung Neu-eig. Ergänzung

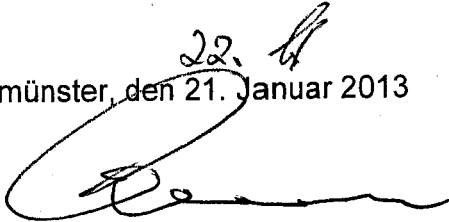
~~Die Ratsversammlung stimmt dem Haushaltsbegleit Antrag „Transparenz“ als
konkretisierungsbedürftige Grundlage für eine Darstellung künftiger Haushalte zu.~~

Der Antrag wird zwecks einer Konkretisierung zur weiteren Behandlung in den
Finanzausschuss mit der Maßgabe verwiesen, dass eine endgültige Beschlussfassung in
der Ratsversammlung erfolgt.

~~Zur Vorbereitung der Beratung im Finanzausschuss wird ein Arbeitskreis aus je einem~~

~~Mitglied der Fraktionen und aus 3 Vertretern der Verwaltung gebildet, der Vorschläge für
mögliche Konkretisierungen des Antrags erarbeitet.~~

22. 11
Neumünster, den 21. Januar 2013



(Kluckhuhn für SPD-Rathausfraktion)

Haushaltsbegleit Antrag „Transparenz“ (Neufassung)

9. Dezember 2012

Bei der Darstellung aller künftigen Haushalts-Entwürfe durch die Verwaltung soll zwecks Transparenz und inhaltlicher Aussagekraft folgendes gewährleistet sein:

1.

Für jeden Teilplan bzw. jedes Produkt sind konkrete Ziele für formulieren und Kennzahlen für die Zielerreichung zu entwickeln.

2.

Zusätzlich ist eine Information in geeigneter Form darüber zu geben, welche Aufgaben (eventuell neu oder anders bzw. nicht mehr) wie erfüllt werden (durch event. neue oder andere oder aufgegebenen Maßnahmen zur Aufgabenerfüllung) und wie sich dies in welchen Haushaltsansätzen widerspiegelt (z.B. in der Form eines Berichts). Desweiteren ist den Mitgliedern der Ratsversammlung und der Fachausschüsse der Zugriff auf die zugrundeliegende Planung/Anmeldung des Fachdienstes zu ermöglichen (z.B. über das Internet/Ratsinformationssystem).

3.

Erhebliche Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Sinne von Ziffer 19 des Vorberichts (Seite A 42 ff) sind solche über 200.000 € (bisher: über 250.000). Auch die dazu veranschlagten Einnahmen sind anzugeben. Es ist jeweils auf die Fundstelle in den Teilplänen hinzuweisen.

In den Teilplänen sind Investitionsmaßnahmen über 75.000 € aufzuführen (bisher: über 100.000 €). Bei den Angaben zu den einzelnen Maßnahmen (z.B. Seite B 72 ff) sind auch die Zahlen für die letzten beide Jahre darzustellen (im HH 2013/14 die Zahlen für 2011 und 2012). Die Darstellung der Zahlen (z.B. betreffend Fortsetzungsmaßnahmen und Gesamt Invest in der Spalte 12) ist hinsichtlich ihrer Aussagekraft zu verdeutlichen.

Für das Haushaltsaufstellungsverfahren gilt folgende Regel:

Im Haushaltsentwurf werden nur Investitionsmaßnahmen über 75.000 € veranschlagt, über die die Selbstverwaltung entschieden hat, jedenfalls aber in der Sache und ihrer finanziellen Bedeutung vorab informiert worden ist bzw. spätestens mit Vorlage des Entwurfs informiert wird.

4.

Der Haushalt soll nach Fachdiensten und innerhalb der Fachdienste nach Produkten gegliedert sein. Dabei soll erreicht werden, dass die Produkte weitgehend einem Fachbereich zugeordnet werden.

5.

Der Stellenplan nebst der Drucksache mit den Anlagen A bis F soll zusammen mit dem Haushaltsentwurf, jedenfalls möglichst alsbald nach Vorlage des Entwurfs vorgelegt werden.

6.

Die Veränderungsliste (= Redaktionsschluss für die Verwaltung) soll spätestens 10 Tage vor der Ratsversammlung den Ratsmitgliedern zugehen.

Die Fraktionen sollen ihre Änderungs- und Begleitanträge zum Haushalt möglichst 7 Tage vor der Ratsversammlung dem Stadtpräsidenten, dem Oberbürgermeister und den anderen Fraktionen zwecks Vorbereitung des Beratungsfahrplans in der Ratsversammlung bekanntgeben.

Zu Ziffer 1:

Zwar ist die Zielbestimmung Sache der Selbstverwaltung. Aber die Verwaltung soll zunächst aus früheren Beschlüssen o.ä., hilfsweise aus sachlichen Überlegungen vorläufige produktbezogene Ziele (und Kennzahlen für eine Zielerreichung) formulieren. Auf der Grundlage der Verwaltungsvorlagen zu vorläufigen Zielen werden die Fachausschüsse für ihren Bereich beraten und einen Zielkatalog beschließen. Federführend für das Verfahren und die Zusammenstellung der Zielkataloge ist der Finanzausschuss.

Dabei gilt folgender Fahrplan:

Die Vorlagen der Verwaltung „vorläufige Zielbestimmung“ für die einzelnen Produkte werden für den jeweiligen Fachausschuss bis Oktober 2013 erwartet. Die Beratung und Behandlung dieser Vorlage in den Fachausschüssen soll nachfolgend bis Ende Januar 2014 erfolgen und abgeschlossen sein. Für die Beratung der zusammengeführten Zielkataloge im Finanzausschuss ist Februar/März 2014 vorzusehen. Eine endgültige Beschlussfassung in der Ratsversammlung erfolgt im April/Mai 2014, so dass die Zielbestimmungen für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2015/2016 zur Verfügung stehen.

Zu Ziffer 2.:

In welcher Form die Information (z.B. in der Form eines Berichts außerhalb des Haushalts) zu geben sind, soll auf der Grundlage jeweils einer Verwaltungsvorlage in den Fachausschüssen - parallel dem Fahrplan für die Zielbestimmung - bis Ende Januar 2014 beraten werden, im Februar/März 2014 von dem federführenden Finanzausschuss zusammengestellt und im April/Mai 2014 von der Ratsversammlung endgültig entschieden werden.

Begründung – erfolgt mündlich.

(Kluckhuhn für SPD-Rathausfraktion)

Änderungsantrag zum TOP 33 der Ratsversammlung am 11. Dezember 2012

1.

Im Haushaltsplan 2013/2014, hier zum Produkt/Teilplan 57301 „Unternehmen und Beteiligungen“ (Seite B 337 ff) wird an geeigneter Stelle für 2013 ein Ansatz für eine Auszahlung wegen einer Kapitaleinlage der Stadt bei den Hallenbetrieben Neumünster GmbH in Höhe von 5,0 Mio€ zwecks Erhöhung des Eigenkapitals veranschlagt.

Im Produkt/Teilplan 61201 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ (Seite 363 ff) wird an geeigneter Stelle für 2013 eine Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsmaßnahmen zur Finanzierung der vorgenannten Auszahlung von 5,0 Mio€ veranschlagt.

2.

In der Haushaltssatzung werden die Ansätze entsprechend den Veranschlagungen zu Ziffer 1 angepasst.

Gründe:

Eine alsbaldige Kapitalerhöhung der Hallenbetriebe Neumünster GmbH um 5 Mio€ durch eine entsprechende Kapitaleinlage der Stadt Neumünster als alleiniger Gesellschafterin ist im wesentlichen aus zwei Gründen unaufschiebbar notwendig:

(1.)

Die derzeitige Eigenkapitalausstattung des Unternehmens (2011: 2,56 Mio€ bei einer Bilanzsumme von 23,8 Mio€, d.h. Eigenkapitalquote von 10,7 %) ist u.a. im Hinblick auf den strukturbedingten Zuschussbedarf unzureichend. Mit Rücksicht auf die anstehende Sanierung der Holstenhallen mit einem Aufwand von rund 21 Mio€ (Baubeginn noch in diesem Jahr) wird die Eigenkapitalquote ohne eine Einlage deutlich absinken. Mit der Eigenkapitalerhöhung von 5,0 Mio€ wird die Eigenkapitalquote auf der Grundlage der

Zahlen des Jahres 2011 auf rund 32 % steigen bzw. künftig nach der Sanierung der Holstenhallen annehmbar bei rund 20 % liegen.

(2.)

Die Eigenkapitalerhöhung um 5 Mio€ durch Einlage der Stadt rechnet sich aufgrund einer Gesamtbetrachtung auch für die Stadt.

Die Stadt ist aufgrund des Betrauungsvertrages vom 28. Dezember 2011 gegenüber ihrem Unternehmen Hallenbetriebe zur Abdeckung des jährlichen Verlustes bis zur Höhe von 2,0 Mio€ verpflichtet. Die Haushalte der Stadt weisen dementsprechend folgende Verlustabdeckungsleistungen aus: 2011: 1,19 Mio€; 2012: 1,61 Mio€; 2013: 2,38 Mio€.

Die Verluste des Unternehmens sind im Wesentlichen durch Zinskosten aus alten Krediten bedingt (gut 1 Mio€ pro Jahr). Die steigende Entwicklung der jährlichen Verlustabdeckung ist deswegen besonders nachteilig, weil die Stadt nach neuer und bestrittener Auffassung des Finanzamtes Kiel Nord auf die jährliche Verlustabdeckungsleistung die gesetzliche Umsatzsteuer – 19 % MWSt. – zahlen muss. Dadurch steigt die (steigende) Belastung der Stadt aus jährlicher Verlustabdeckung um 19 %, z.B. beträgt die für 2013 im Haushalt prognostizierte Verlustabdeckung von 2,0 Mio€ + 19 % MWSt., d.h. + 0,38 Mio€ = 2,38 Mio€.

Mit der Kapitalerhöhung des Unternehmens durch eine Kapitaleinlage der Stadt in Höhe von 5,0 Mio€ können bei einer Gesamtbetrachtung von Stadt und Unternehmen, im Ergebnis auch für die Stadt folgende Vorteile realisiert werden:

a)

Mit den Mitteln aus der Kapitalerhöhung kann das Unternehmen seine Zinsbelastung und damit seinen jährlichen Verlust vermindern. Die Stadt erspart im Rahmen der Verlustabdeckung einen Betrag in entsprechender Höhe und die Zahlung von 19 % MWSt. darauf. Dieser Vorteil für das Unternehmen und damit auch für die Stadt kann mit jährlich 238.000 € veranschlagt werden ($4\% \text{ Zinersparnis auf } 5,0 \text{ Mio€} = 200.000 \text{ €} + 19\% \text{ MWSt.} = 238.000 \text{ €}$).

b)

Desem Vorteil stehen die jährlichen Zinskosten der Stadt gegenüber. Denn die Stadt muss ihre Kapitaleinlage in Höhe von 5 Mio€ voll durch eine Kreditaufnahme in entsprechender Höhe finanzieren. Die dadurch bei der Stadt entstehenden Zinskosten können mit jährlich 125.000 € veranschlagt werden ($5,0 \text{ Mio€} \times 2,5\% = 125.000 \text{ €}$).

Hintergrund für den geringeren Zinsansatz ist der Umstand, dass die Stadt den Kredit günstiger erhalten kann als das Unternehmen).

c)

Bei Verrechnung des Vorteils der Stadt zu a) – jährlich 238.000 € - mit dem Nachteil der Stadt zu b) – jährlich 125.000 € - verbleibt im Ergebnis ein Vorteil für die Stadt von jährlich 113.000 €.

Zwar ist noch zu bedenken ist, dass für die Kapitalerhöhung einmalig Notar- und Gerichtskosten in Höhe von geschätzt 3.000 € zu Lasten der Stadt entstehen werden. Diese Kosten sind mit Rücksicht auf den Vorteil von jährlich 113.000 € unbeachtlich.

Ein weiterer dauerhafter Nachteil für die Stadt ist ihre zusätzliche Kreditschuldbelastung in Höhe von 5,0 Mio€ sowie ihre Verpflichtung, auf den Kredit jährliche Tilgungsleistungen von mindestens 1 % (= 50.000 €) erbringen zu müssen (mit eventuellen Folgen für die Handlungsfähigkeit der Stadt, z.B. im Fall einer Kreditaufnahmebegrenzung durch die Kommunalaufsicht).

Dem erstgenannten Nachteil steht als Vorteil die entsprechende Stärkung des städtischen Unternehmens Hallenbetriebe gegenüber. Diese Vor- und Nachteile heben sich gegenseitig auf.

Als Nachteil bleibt die Verpflichtung der Stadt zu jährlichen Tilgungsleistungen auf den Kredit. Dabei ist einerseits zu berücksichtigen, dass Tilgungsleistungen deswegen kein echter Nachteil sind, weil sie eine bestehende Schuld vermindern und deswegen vermögensneutral zu sehen sind. Andererseits können die Tilgungsleistungen aus dem jährlichen Vorteil von 113.000 € finanziert werden.

Abschließend ist anzumerken, dass mit einer Kreditaufnahmebegrenzung durch die Kommunalaufsicht nicht zu rechnen ist, weil sich die Maßnahme auch für die Stadt rechnet.

(Kluckhuhn für die SPD-Rathausfraktion)

Zusammenstellung der Haushaltsanträge

Reinhard Arens

	Produkt	Seite	Antrag / Inhalt	2013	2014	
1	28101 Heimat- und sonstige Kulturpflege	B . 177	Zuschuss SHMF Mit der Maßgabe weitere Konzertveranstaltungen für Neumünster zu gewinnen	+ 9.000,00€	+ 9.000,00€	E4
2	24301 Sonstige Schulische Aufgaben	B 163	Für Maßnahmen der Kommunale Bildungsplanung. Die Freigabe der Mittel erfolgt über Einzelbeschlussfassung der Maßnahmen im Fachausschuss	+50.000,00€	+50.000,00€	E2
3	11112 Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr	B 73	Maßnahme 111402 Pestalozzischule - Umbau offene Ganztagsschule wird umgewidmet in Grundschule Tungendorf. Der Haushaltsansatz bleibt gesperrt. Die Freigabe erfolgt nach Beschlussfassung durch die Ratsversammlung.			I4
4	11112 Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr hier 1111201-5211240		Die Toilettensanierung in der Wittorfer Schule wird von 2014 auf 2013 vorgezogen	+ 95.000,00€	- 95.000,00€	E1

Die Begründung zu den Einzelanträgen erfolgt mündlich.

Antrag SPD-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

E6

Manfred Zielke

Produkt 33101 „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“ Leistungen Förderung der Migrationsarbeit

Ansatz 2013: Euro 21.802,44 Ansatz 2014 Euro 21.775,08

Antrag SPD-Rathausfraktion

Erhöhung des Ansatzes 2013 auf Euro 42.000,00

Zusätzlicher Mehraufwand Euro 20.197,56

Erhöhung des Ansatzes 2014 auf Euro 42.000,00

Zusätzlicher Mehraufwand Euro 20.224,92

Begründung:

Mit Drucksache Nr. 1036/2008/DS vom 05.11.2012 wurde dem Sozial- und Gesundheitsausschuss die Schaffung einer Planstelle als Koordinator /Koordinatorin für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vorgelegt.

Da Bundesprogramme u.a. „LOS-Projekte/Stärken vor Ort“ für niederschwellige Projekte entfallen sind, diese Projekte aber in der Vergangenheit sehr wirkungsvoll waren, sollen die bisherigen Ansätze 2012/2013 (Runder Tisch für Integration) erhöht werden. Neben den in der Vorlage beschriebenen Aufgaben soll dieses Geld dazu dienen, auch zukünftig niederschwellige Projekte z.B. Sprachkurse, durchzuführen die dann letztendlich dazu führen können, dass der oder die Teilnehmer dann an Sprachkursen teilnehmen kann, die durch Bundesmittel gefördert werden. Um zu gewährleisten, dass neben den bisherigen Projekten des

„Runden Tisches für Integration“ neue, zur Zeit noch nicht genau zu bezeichnende Projekte anstehen können, sehen wir als SPD-Rathausfraktion eine entsprechende Erhöhung des Ansatzes für zwingend erforderlich. Die Erhöhung des Ansatzes soll außerdem unterstützend die anstehende Arbeit des/der Koordinators/Koordinatorin begleiten.

Helga Hein

Antrag zum Produkt „Heimat- und sonstige Kulturpflege“

Produkt-Nr. 28101

Seite B 178, Ziffer 15 „**Transferaufwendungen**“

Unter diesem Punkt sind 17 Einzelpositionen zusammengefasst, unter anderem die **Einzelposition „Museum Tuch und Technik“**

Ansatz: 295.000 Euro

Antrag

Für das Jahr **2013** wird der Betrag um 18.000 Euro auf **313.000 €**
und für das Jahr **2014** um 29.000 Euro auf **324.000 €** angehoben.

Begründung

Der Stiftungsrat hat vor wenigen Tagen einen Wirtschaftsplan verabschiedet, der die ursprünglich vereinbarten Betriebskostenzuschüsse inklusive Indexsteigerung, also einen Zuschuss in Höhe von 313.000 Euro, zur Grundlage nimmt. Auf dieser Grundlage weist der Wirtschaftsplan für 2013 ein Ergebnis von +/-0 aus, unter der Maßgabe, dass die geplanten Ausstellungen fast vollständig über Fördermittel und Sponsorengelder abgedeckt werden und ohne Raum für Gehaltsanpassungen zu lassen. Diese wären erst ab 2014 möglich, vorausgesetzt, die indexierte Anpassung der Betriebskostenzuschüsse würde fortgesetzt.

Zur Zeit besteht die skandalöse Situation, dass es in den 5 Jahren seit Bestehen des Museums lediglich **eine** 2%ige Gehaltssteigerungen gab. Mitarbeiter/innen, die schon vorher beim Museum beschäftigt waren und beim Aufbau mitgearbeitet haben, erhielten noch länger nur diese 2%ige Gehaltssteigerung.

Die von der Stadt Anfang 2010 vorgenommenen Kürzungen hatten zur Folge, dass über die städtischen Zuschüsse gerade noch die Personalkosten gedeckt waren; die erheblichen Gebäude- und Wartungskosten, steigende Energiekosten und Gebühren der Stadt jedoch nicht. Durch die immer prekärer werdende finanzielle Situation droht der Stiftung die Insolvenz. Das Erreichte erscheint ernsthaft gefährdet.

Umfangreiche Sparmaßnahmen wie die Kürzung der Öffnungszeiten an den Wochenenden, Umstrukturierungen der Dienstpläne, Einsparungen im Personaleinsatz für Aufsichten und Maschinenvorfürungen und Einsparungen im Werbeetat konnten die Kürzungen nicht auffangen. Sie hatten jedoch unerwünschte Nebenwirkungen bezüglich der Vorführung und Instandhaltung der Maschinen.

Kürzere Maschinenlaufzeiten führen zu enttäuschten Besuchern und zu Engpässen in der Produktion für den Museumsshop, wirken sich also negativ auf die Einnahmen aus. Darüber hinausgehende Sparmaßnahmen wie beispielsweise zusätzliche Schließtage des Museums würden sich unweigerlich noch negativer auswirken. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antragsentwurf für die Haushaltsberatung am 11. Dezember 2012

Oliver Sundermann

Mittelsperrung B- Plan 104

Antrag:

Die folgenden Investitionsmaßnahmen zum B-Plan 104, mit einem Gesamtvolumen von € 2.715.000 im Doppelhaushalt 2013/2014, werden mit einem Sperrvermerk versehen:

<u>Maßnahmennummer</u>	<u>Ansatz 2013</u>	<u>Ansatz 2014</u>
2124 Überplanung Konrad-Adenauer-Platz	€ 165.000	€ 700.000
2219 Überplanung Knotenpunkte	€ 135.000	€ 400.000
2308 Innenstädtischer Ring	€ 500.000	€ 515.000
2720 Sagerviertel	€ 50.000	€ 250.000

I20
I23
I24
I17

Die Freigabe der Mittel erfolgt durch den Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nach einem das B-Planverfahren abschließenden Satzungsbeschluss.

Begründung:

Die o.g. Investitionsmaßnahmen sind unmittelbar mit dem geplanten Einkaufscenter im Sager-Viertel verbunden. Da eine abschließende Entscheidung der Ratsversammlung zu den Planungen noch aussteht, der städtebauliche Vertrag noch nicht zur Entscheidung vorliegt und die Kosten, die durch den Investor ggf. übernommen werden noch nicht beziffert bzw. als Gegenfinanzierung im Haushalt berücksichtigt wurden, ist eine Sperrung der Mittel bis zum endgültigen Satzungsbeschluss zum B-Plan 104 unausweichlich.

SPD-Fraktion
Hans-Werner Zahnöw

Produkt 36501 „Kindertageseinrichtungen“

Hier: Weiterer bedarfsgerechter Ausbau für unter 3-jährige Kinder

Im Jahr 2013 sind die von der Ratsversammlung beschlossenen Maßnahmen zum Ausbau der Kindertageseinrichtungen für unter 3-jährige Kinder realisiert. Die Bedarfsabdeckung wird dann ca. 35 % für Kinder dieser Altersgruppe betragen. Nach Erkenntnissen der Verwaltung werden weitere ca. 150 Plätze für einen bedarfsgerechten Ausbau benötigt. Hierzu stellt die SPD-Fraktion **folgenden Antrag:**

Nach Abschluss des von der Ratsversammlung beschlossenen Ausbauprogramms an Kindertagesstättenplätzen für unter 3-jährige Kinder wird die Verwaltung gebeten, im Jahr 2013 ein Folgeprogramm für einen bedarfsgerechten Ausbau vorzulegen. In den Jahren 2013, 2014 und 2015 werden jährlich jeweils weitere 50 Betreuungsplätze geschaffen. Die notwendigen Haushaltsmittel werden bereitgestellt.

Die Deckung des zusätzlichen Finanzbedarfs erfolgt aus den zu erwartenden Landeszuweisungen für die Betriebskosten in Einrichtungen für unter 3-jährige Kinder (Konnexität). Nach überschlägigen Berechnungen dürften dies ca. 5 Mio. für die Stadt Neumünster sein.

Hans-Werner Zahnöw

Entwurf für Anträge zum Haushalt 2013/2014

19. November 2012

Änderungsantrag „RAL-Gütezeichen“ zum Produkt 57101 / Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung (Seite B 336), hier zur Nr. 13 der Spalte 2 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 2013 und 2014 ff):

Der beim Produkt 57101 / Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung, Seite B 336, hier zur Nr. 13 der Spalte 2 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 2013 und 2014 ff – veranschlagte Beitritt zur RAL-Gütegemeinschaft zum 01.01.2013 unterbleibt. Die Ansätze für 2013 ff werden um jeweils jährlich 5.000 € gekürzt.

Begründung – erfolgt mündlich.

Änderungsantrag zu TOP 11 (Haushaltssatzung 2013/2014 –DS 1065/2008/DS) der Ratsversammlung
am 22.01.13

Seite	Produkt	Maßnahme	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2013 NEU
B 90	11112	6110	Gründerwerb Unternehmensansied- lung	Einzahlung: 4.000.000 Auszahlung: 2.200.000 Zu-/Überschuss: 1.800.000	0
B 281	53801	2722	Erschließung Tierkörperverwertungs- anlage	Einzahlung: 0 Auszahlung: 400.000 Zu-/Überschuss: -400.000	0

I31

I32

Bernd Delfs und Fraktion

Reinhard Arens

Änderungsantrag zu TOP 11 (Haushaltssatzung 2013/2014 –DS 1065/2008/DS) der
Ratsversammlung am 22.01.13

	Produkt	Seite	Antrag / Inhalt	2013	2014
1	211010800.5019000	B135	Erhöhung des Zuschusses für die offene Ganztagschule Vicelinschule wegen der sozialen Brennpunkt Lage	+ 8.000,00€	+ 8.000,00€

Die Begründung erfolgt mündlich.

SPD-Fraktion

Anträge zur Ratsversammlung am 22.1.2013
zum TOP 11 Haushaltssatzung

zur Veränderungsliste der Verwaltung

- | | | | | |
|--|-----------|--------|---|------------|
| 1. Produkt 211010400
Konto 5271 neu
Mühlenhofschule
Ausstattungsstücke | 37.000 € | sperrn | Freigabe nach Beschlussfassung in der Ratsversammlung | E20 |
| 2. Produkt 211019100
Konto 5271 neu
Grundschule Tungendorf
Ausstattungsstücke und
Einrichtungsgegenst. | 43.000 € | sperrn | Freigabe nach Beschlussfassung in der Ratsversammlung | E21 |
| 3. Produkt 2116102
Inv. Maßnahme neu
Grundschulstandort
Tungendorf | 107.000 € | sperrn | Freigabe nach Beschlussfassung in der Ratsversammlung | I30 |

Helga Hein und Fraktion

E 12.1

SPD Rathausfraktion

Änderungsantrag für die Haushaltsberatung am 22. Januar 2013

Neu

E 12 - Mittelsperrung Jung kauft Alt

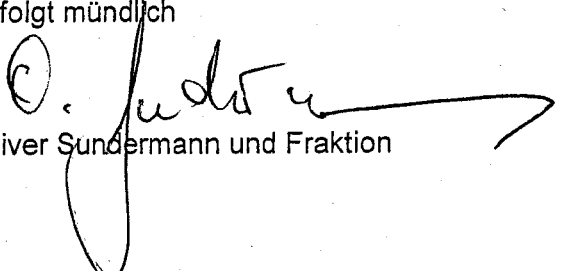
Antrag:

Der von der CDU neu eingebrachte Haushaltsansatz über 50.000 Euro für das Programm Jung kauft Alt wird mit einem Sperrvermerk versehen, bis dem zuständigen Bau-, Planungs- und Umweltausschuss die Ergebnisse des Prüfauftrages präsentiert wurden. Erst nach Vorlage und Beratung wird über eine endgültige Verwendung der Mittel entschieden.

<u>Maßnahme</u>	<u>Ansatz 2013</u>	<u>Ansatz 2014</u>
Jung kauft Alt	€ 50.000	€ 0,00

Begründung:

erfolgt mündlich


Oliver Sundermann und Fraktion

E 16.1



Sozialdemokratische Rathausfraktion der Stadt Neumünster

SPD-Rathausfraktion, Großflecken 75, 24534 Neumünster

Großflecken 75
24534 Neumünster
Telefon 04321 / 929830
Telefax 04321 / 929831
e-Mail: rathausfraktion@spd-
neumuenster.de
Bank: 147060 Sparkasse Südholstein
(BLZ 230 510 30)

Neumünster, 20. Januar 2013

Änderungsantrag

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, in wie weit die Finanzierung einer 0,5 Stelle des KSV zur Übernahme von Aufgaben im Bereich der Sportentwicklungsplanung durch bisher eingesparte Sportfördermittel kompensiert werden kann. Dem Fachausschuss sowie Ratsversammlung ist das Ergebnis zur Entscheidung vorzulegen.



Reinhard Arens

BfBN

Antrag der BfB-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Konto 331010100.5318140

Sozialfonds zur Reduzierung von Kinderarmut in Neumünster

Ansatz 2013 Euro 5.000 Ansatz 2014 Euro 5.000

Erhöhung des Ansatzes für 2013 auf Euro 10.000

Mehraufwand Euro 5.000

Erhöhung des Ansatzes für 2014 auf Euro 10.000

Mehraufwand Euro 5.000

Begründung:

Durch den Ratsbeschluss vom 30.09.2008 Drucksache 0012/2008 wurde für alle Jahrgangsstufen die Bezuschussung für notwendige „Schulsachen“ eingerichtet. Auch wenn es inzwischen das Bildungspaket gibt, so deckt es in keiner Weise die Einschulungsmaterialien oder z.B. Bekleidung für Sport ab. Nach Informationen des Kinderschutzbund wurde aber in den Sekundarstufen keine Schule angeschrieben, um Eltern mit geringem Einkommen darauf hinzuweisen, dass sie diese Möglichkeit der Hilfe in Anspruch nehmen können. Die Mittel hierfür waren trotz Spendenakquise einfach nicht vorhanden. Hier ist nach wie vor die Politik gefragt, denn ein Ratsbeschluss gilt es auch umzusetzen.

Esther Hartmann

Antrag der BfB-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

MaßnahmeNr. 31225 Seite A 44 Vorbericht

Freiflächenumgestaltung Museum Tuch und Technik

Ansatz 2013 Euro 20.000 Ansatz 2014 Euro 250.000

Antrag der BfB Rathausfraktion

Ersatzlose Streichung des Ansatzes für 2013

Ersatzlose Streichung des Ansatzes für 2014

Minderausgaben für den Haushalt 2013 Euro 20.000

Minderausgaben für den Haushalt 2014 Euro 250.00

Begründung:

In Anbetracht der desolaten Haushaltslage und der massiven Steuererhöhungen für die Bürger halten wir es für absolut unangebracht, eine derartige Baumaßnahme, die zudem nicht zwingend nötig ist, durchzuführen.

Esther Hartmann

Änderungsantrag der BfB-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Seite A29 FD 50

Mitgliedschaft im Deutschen Mieterbund

Ansatz 2013 Euro 0 Ansatz 2014 Euro 0

Antrag der BfB Rathausfraktion

Wiedereinstellung des Ansatzes für 2013 in Höhe des aktuellen Mitgliedsbeitrags

Mehraufwand Höhe des aktuellen Mitgliedsbeitrags

Wiedereinstellung des Ansatzes für 2014 in Höhe des aktuellen Mitgliedsbeitrags

Mehraufwand Höhe des aktuellen Mitgliedsbeitrags

Begründung: erfolgt mündlich

Esther Hartmann und Fraktion

ALN /
Die GRÜNEN



**Haushalt 2013/14 der Stadt Neumünster
Änderungsanträge zur öffentlichen Ratsversammlung am 11.12.2012**

Maßnahme	Seite	Kurzbezeichnung	Antrag	Effekt	Begründung	
Maßnahme 112601	B 77	Wichernschule Erneuerung Lehrküche	Spervermerk Der Schul-, Kultur- und Sportausschuss prüft die Notwendigkeit der Maßnahme im Ansatz von 114.000 Euro und gibt sie dann frei oder verwirft sie.	einmalig maximal 114.000 Euro in 2013	Die Wichernschule befindet sich in Auflösung und soll zu einem »Förderzentrum ohne Stammschülerinnen« umgenutzt werden. Zu prüfen ist daher, ob die Erneuerung der Lehrküche deshalb noch notwendig ist oder ob der Raum der Lehrküche für andere Zwecke genutzt werden kann.	E16
Produkt 57302	B 341 B 403	Märkte	Spervermerk Die Auszahlungen werden für 2013 auf 150.000 Euro und für 2014 auf 155.000 Euro gedeckelt. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss soll prüfen, wie ein Kosten deckender Betrieb der Märkte wieder erreicht werden kann.	fortlaufend ca. 70.000 Euro p.a.	Das Produkt Märkte war 2011 faktisch Kosten deckend (-2.240 Euro) und nach Ansatz 2012 komplett Kosten deckend (Ergebnis: 0 Euro). Die Ansätze 2013/14 weisen deutlich gestiegene Ausgaben (-70.000 Euro gegenüber dem gemittelten Auszahlungen von 2011/12) und leicht gesunkene Einnahmen aus.	E9
Produkt 57301		Hilfsbetriebe	Spervermerk Die Auszahlungen werden vorläufig auf 7,42 Mio. Euro in 2013 sowie auf 7,65 Mio. Euro in 2014 fest gesetzt. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss soll prüfen, ob darüber hinaus Auszahlungen bis zur Höhe der beantragten Mittel tatsächlich notwendig sind.	fortlaufend ca. 250.000 Euro in 2013 ca. 220.000 Euro in 2014	Die Ausgabensteigerung beträgt für 2013 6,6%. Der Antrag beschränkt die Steigerung der Auszahlung jeweils auf 3% p.a. Gegenüber dem Ansatz von 2012. Zu prüfen ist, ob darüber hinaus gehende Auszahlungen wie beantragt notwendig sind.	E10
Maßnahme 113003	B 79	Neubau Sporthalle, Theodor-Litt-Schule	Prüf-Auftrag Der geplante Neubau einer Sporthalle an der Theodor-Litt-Schule in 2016/17 für geschätzte 3.326 Mio. Euro wird überprüft. Dabei soll bevorzugt eine neue gemeinsame Sporthalle am Standort Stein-Schule den Vorzug vor zwei neuen Sporthallen erhalten.	einmalig maximal 3.326 Mio. Euro in 2016/17	Mit der Maßnahme Nr. 113404 wird für die Fr.-v.-Stein-Schule der Neubau einer Dreifeld-Sporthalle in 2017 für 1,26 Mio. Euro geplant. Im Rahmen der prognostizierten demografischen Entwicklung mit der entsprechend vorausgesetzten Verringerung der SchülerInnenzahl erscheint der Neubau von zwei Sporthallen bei so benachbarten Schulen wie der Stein- und der Litt-Schule nicht als sinnvoll.	E18
Maßnahme 140504	B 82	GAZ Fernwärme-Anschluss	Prüf-Auftrag Die Verwaltung wird beauftragt, den Ansatz für diese Maßnahme zu überprüfen und die zuständige Ausschüsse (Brand, Bau- und Finanzausschuss) darüber informieren.	einmalig maximal 210.000 Euro in 2013	Gegenüber dem ursprünglichen Ansatz in Höhe von 150.000 Euro in 2011 soll die Maßnahme jetzt 210.000 Euro zusätzlich kosten (360.000 Euro), das entspricht einer Kostensteigerung um 140% und soll daher geprüft werden.	E19
Produkt 57301	B 336	Unternehmen und Beteiligungen hier: Hallenbetriebe	Prüf-Auftrag Die Gesellschafter-Versammlung wird beauftragt, zusammen mit der Verwaltung zu prüfen, wie der Zusagebedarf der Hallenbetriebe stetig gesenkt werden kann.	fortlaufend	Die Hallenbetriebe stellen ein strategisches Unternehmen der Stadt dar und sind als Infrastruktur-Einrichtung eines Oberzentrums einzustufen. Das Land sieht Neumünster als zentralen Messe-Standort des Landes und hat deshalb erhebliche Fördermittel für die Umbau-Maßnahmen der Holstenhallen zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig steigt das negative Ergebnis der Hallenbetriebe von 1,2 Mio. Euro in 2011 auf 2,375 Mio. Euro in 2013. Ein Teil der Mehrausgaben ergibt sich durch externe Effekte (neue Steuer-Einschätzungen der Finanzverwaltung), die übrigen durch die Sanierung und Umbau-Maßnahmen. Bei den externen Effekten ist zu prüfen, ob diese zukünftig vermieden werden können. Da die Ausgaben für die Sanierung und den Umbau mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz und Attraktivität der Holstenhallen bewilligt wurden, soll geprüft werden, ob dieses Ziel erreicht wird.	E8

Maßnahme 31223	B 325	Freiflächen-Umgestaltung Museum Tuch und Technik	Der Ansatz für diese Maßnahme wird gestrichen.	Einmalig 20.000 Euro in 2013, 250.000 Euro in 2014	Die Maßnahme ist nicht dringend geboten.	127
neu Maßnahme 140504	B 121	GAZ Bewegliches Vermögen	Sperri-Vermerk Die Auszahlungen für bewegliches Vermögen im Rahmen des Neubaus des GAZ werden vorläufig auf 360.000 Euro festgesetzt. In 2014 Darüber hinaus gehende Auszahlungen des Ansatzes bis maximal 460.000 Euro werden von der Verwaltung auf Notwendigkeit überprüft und den zuständigen Ausschüssen (Brand- und Finanzausschuss) gegebenenfalls zur Entsperrung vorgelegt.	einmalig Maximal 100.000 Euro in 2014	Die Ausgaben für das neue Gefahren-Abwehr-Zentrum (GAZ) liegen deutlich über den früher prognostizierten Ansätzen. Neben den Auszahlungen für bewegliches Vermögen für das GAZ sind weitere Auszahlungen für bewegliches Vermögen für den Brandschutz in Höhe von 186.000 Euro in 2013 sowie von 62.000 Euro in 2014 vorgesehen. Eine Überprüfung der Ausgaben erscheint daher notwendig, um Doppel-Ausgaben zu verhindern.	111
Maßnahme 41121	B 120	Einsatzleitwagen	Prüf-Auftrag Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Reduzierung der Kosten vorzulegen. Das Ausgabe-Volumen sollte nach Möglichkeit auf 250.000 Euro begrenzt werden.	einmalig maximal 100.000 Euro in 2015	Die Ausgaben liegen um 150.000 Euro über den prognostizierten Einnahmen in Höhe von 200.000 Euro für diese Maßnahme und weichen Damit erheblich von den übrigen Ein-/Ausgabe-Unterschieden im Bereich Brandschutz ab. Eine Überprüfung ist daher notwendig.	110
Maßnahmen 501401, 501502, 501302	B 121, B 127, B 133	Digitalfunk Leitstelle	Prüf-Auftrag Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, welche Einsparungen sich durch eine gemeinsame Nutzung der Leitstellen Digitalfunk ergeben und welche Einnahmen erzielt werden können. Brand- und Finanzausschuss werden über die Ergebnisse informiert.	derzeit keine Angaben möglich	Das GAZ soll eine Bündelung der Einrichtungen in der Gefahren-Abwehr erreichen. Die damit verbunden Synergie-Effekte müssen gehoben werden. Eine gemeinsame Leitstelle Digitalfunk für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz ist daher sinnvoll. Durch die insgesamt sollen 550.000 Euro für die Umstellung auf den Digitalfunk ausgegeben werden, ohne dass derzeit eine Gegenfinanzierung vermerkt ist. Zu prüfen ist daher, ob Einnahmen dafür erzielt werden können und wie sich durch die gemeinsame Nutzung Ausgaben-Ersparungen ergeben können.	112

Modifizierung E9 und E10

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Michael Schaarschmidt [mailto:m-schaarschmidt@xnms.de]

Gesendet: Dienstag, 22. Januar 2013 11:38

An: Krüger, Holger

Cc: al - Krampfer Thomas

Betreff: RV heute - Haushalt - Anträge E9 + E10

Hallo Herr Krüger,

vielleicht ist Ihre endgültige Liste der Änderungen ja noch nicht ganz fertig gestellt. Wir möchten Sie dann bitten, unsere beiden Anträge E9 und E10 wie folgt zu ändern:

E9 - Aufwandsdeckelung bei den Märkten

-> aus Sperr-Vermerk soll ein Prüf-Auftrag werden

Der erste Satz soll gestrichen werden.

Der nachfolgende Satz soll wie folgt geändert werden:

Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss soll prüfen, ob und wie ein Kosten deckender Betrieb der Holstenküste erreicht werden kann.

E10 - Aufwandsdeckelung bei den Hilfsbetrieben

-> aus Sperr-Vermerk soll ein Prüf-Auftrag werden

Der erste Satz soll gestrichen werden.

Der nachfolgende Satz soll wie folgt geändert werden:

Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss soll prüfen, ob Auszahlungen bis zur Höhe der beantragten Mittel tatsächlich notwendig sind.

Danke schon 'mal im voraus...:-)...

Freundliche Grüße

Michael Schaarschmidt

22.1.2013

Michael Schaarschmidt

FDP



Haushaltsantrag

Die im Vorbericht auf Seite A 41 genannten kostenrechnenden Einrichtungen, deren Kostendeckungsgrad 80% oder weniger beträgt, werden mit Ausnahme der Kindertageseinrichtungen aufgefordert, in Abstimmung mit den zuständigen Fachämtern bis Ende des Jahres 2013 Vorschläge für Kostensenkungen oder Einnahmeverbesserungen zu unterbreiten, die geeignet sind einen um etwa 10% höheren Deckungsbeitrag zu erwirtschaften.

Hinsichtlich der Kindertageseinrichtungen ist anzustreben, dass Eltern die es sich finanziell erlauben können, den vollen Kostensatz bezahlen und der bezuschusste, subventionierte Satz ausschließlich Gering- und Normalverdienern angeboten wird.

Begründung

Nimmt man die Kindertageseinrichtungen von dieser Maßnahme aus, könnten die jährlichen Verluste um immerhin 1.253.000 Euro von den prognostizierten 26.662.000 Euro auf 25.409.000 Euro reduziert werden.



Alternativantrag

Betr. die Gleichstellungsstelle

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erweiterung der Gleichstellungsstelle um 19,5 Std. stellenneutral in den Haushalt einzustellen.

Begründung

Die Gleichstellungsstelle ist zur Zeit ausgestattet:
19,5 Stunden Gleichstellungsbeauftragte
19,5 Stunden Büromitarbeiterin

Die letzten zwei Jahre der Tätigkeit der Gleichstellungsstelle haben deutlich gezeigt, dass der gesetzliche Auftrag, wie er in der Gemeindeordnung, im Gleichstellungsgesetz und in der Hauptsatzung formuliert ist, mit 19,5 Stunden nicht realisiert werden kann.

Viele dringend notwendige Termine intern wie extern konnten nicht wahrgenommen werden. Viele wichtige Projekte und Angebote in Kooperation mit verschiedensten Trägern dieser Stadt waren aufgrund von Kapazitätsproblemen nicht durchführbar.

Die Realität hat gezeigt, dass die Anwesenheit der Gleichstellungsbeauftragten im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Erfolg und den positiven Auswirkungen der Gleichstellungsarbeit steht, der Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Für die Fraktion

Marianne Lingelbach